

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

23.03.2023

**MdL Jeannine Rösler**

TOP 22

a) Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Landkreise und kreisfreie Städte kurzfristig entlasten, Unterbringungskapazitäten des Landes temporär erhöhen und Zugang zu Sprachkursen erleichtern**

- Drucksache 8/1926 -

in Verbindung mit:

b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU

**Kommunen unterstützen, irreguläre Migration begrenzen – Flüchtlingskrise entschieden begegnen**

- Drucksache 8/1929 -

in Verbindung mit:

c) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP

**Einsetzung einer Enquete-Kommission „Chancen der Zuwanderung erkennen und Nutzen“**

- Drucksache 8/1942 -

in Verbindung mit

d) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP

**Reguläre Migration stärken, irreguläre Migration verhindern – Zentrale Rückkehrkoordinierungsbehörde aufbauen**

- Drucksache 8/1944 -

in Verbindung mit:

e) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

**Geflüchteten Schutz bieten – Kommunen schützen – Die Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern stärken**

- Drucksache 8/1946 –

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

zu einem der aktuell wichtigsten Themen gibt es mehrere Anträge.

Zunächst ist es gut, dass keine der Fraktionen, weder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, noch CDU, FDP, SPD oder meine Fraktion die gemeinsame Verantwortung des Bundes und der Länder sowie der Kommunen für die Aufnahme von Geflüchteten in der Bundesrepublik Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern in Frage stellen. Die Bundesrepublik Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern sind de facto seit ihrer Gründung Einwanderungsländer.

Darauf basiert auch der Antrag der Koalitionsfraktionen.

In 23 Punkten führen wir dezidiert auf, was und wohin wir wollen, in diesem Sinne soll die Landesregierung tätig werden. Die 23 Punkte, meine Damen und Herren, sind selbsterklärend. Zusammengefasst wollen wir die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten in unserem Bundesland weiter sicherstellen und verbessern – zusätzlich zu allen Maßnahmen, die ohnehin bereits vereinbart sind und greifen.

Wir wollen die Willkommenskultur stärken und zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens machen. Die Solidarität mit Geflüchteten speist sich aus humanitärer Hilfsbereitschaft, christlicher Nächstenliebe und politischer Verantwortung. Gerade bei vielen jungen Menschen stellen wir fest, wie selbstverständlich für sie Wanderungsbewegungen über alle Grenzen hinweg sind, wie selbstverständlich für sie das Miteinander von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund ist und wie selbstverständlich für sie die Aufnahme von Geflüchteten ist. Das macht Mut, alle Herausforderungen zu meistern.

Meine Damen und Herren,

als eine der wesentlichen Säulen der bisherigen Vereinbarungen mit den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern wird das Land als eines von wenigen Bundesländern auch weiterhin die Kosten der Aufnahme vollständig erstatten. Darüber hinaus stehen die Landesregierung und mit ihr die Regierungsfractionen in einem ständigen Kontakt und Dialog mit den Kommunen sowie relevanten Strukturen der Gesellschaft. Ausdruck dessen sind u.a. regelmäßige Spitzengespräche mit den kommunalen Landesverbänden, zuletzt am 9. März dieses Jahres, und regelmäßige Absprachen der Landesregierung mit den Verantwortlichen der Landkreise und kreisfreien Städte. Damit erübrigen sich auch viele Ansinnen der Oppositionsfractionen.

Ich möchte kurz auf die Anträge der anderen Fractionen eingehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Kommunen entlastet, die Unterbringungskapazitäten erhöht und der Zugang zu Sprachkursen erleichtert werden. Das alles wollen wir auch und Sie finden genau das in unserem Antrag. Die Ausweitung der Sprachkurse durch das BAMF ist – wie Sie wissen – Sache des Bundes und geschieht bereits. Widersprüchlich ist der Punkt, in dem Sie fordern, unverzüglich zusätzliche, temporäre Unterbringungsmöglichkeiten auf Landesebene zu schaffen, in der Begründung aber zugleich die Schaffung erhöhter Platzzahlen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes ablehnen.

Ja, wir brauchen jetzt eine Entlastung der Kommunen, aber wir brauchen auch vorsorgliche Kapazitäten in der Erstaufnahme und in den Kommunen. Kapazitäten, die hoffentlich bald nicht mehr in dem Umfang wie gegenwärtig benötigt werden, müssen in den „Standby-Modus“ überführt und dürfen nicht mehr abgebaut werden. Ich hoffe, darin sind wir uns einig.

Die CDU fordert mit ihrem Antrag, die Kommunen zu unterstützen, irreguläre Migration zu begrenzen und der Flüchtlingskrise entschieden zu begegnen.

So fordern Sie, die Erstaufnahmekapazitäten des Landes deutlich auszuweiten.

In Richtung des Bundes fordern Sie entschiedene Maßnahmen zur effektiven Begrenzung der irregulären Migration, eine zügigere Rückführung zu ermöglichen sowie mehr Rückführungsabkommen mit Drittstaaten abzuschließen.

Ich erinnere Sie daran, dass es hier in Mecklenburg-Vorpommern ein CDU-Innenminister war, der die Erstaufnahmekapazitäten sehr deutlich und ersatzlos abgebaut hat und dass es 16 lange Jahre eine CDU-geführte Bundesregierung war, die weder die Zuwanderung noch die Integration in ausreichendem Maße geregelt hat. Und dass sich die Bundesregierung aktuell um Rückführungsabkommen mit Drittstaaten bemüht, konnte jeder und jede in den zurückliegenden Wochen in der Zeitung lesen oder auf einschlägigen Socialmedia- und Nachrichtenkanälen erfahren.

Auch die Antwort auf den Antrag der FDP kann ich kurz zusammenfassen: machen wir.

Statt einer Rückkehrkoordinierung wollen wir jedoch die Ausländerbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte stärken, weil wir dies als vordringlich ansehen. Völliges Unverständnis und Kopfschütteln hat sicherlich nicht nur bei den Koalitionsfractionen der FDP-Antrag hervorgerufen, mit dem sie eine weitere Enquete-Kommission einrichten will.

Völlig unabhängig vom Thema, weiß ich ehrlich gesagt nicht, wie Sie mit fünf Abgeordneten bei jetzt schon neun ordentlichen Ausschüssen, drei Untersuchungsausschüssen sowie einer Enquete-Kommission die Arbeit eines weiteren so aufwändigen Gremiums abdecken wollen. Und dann soll die Kommission auch noch Konzepte erarbeiten, wie es in ihrem Antrag heißt. Bisher wurden durch Enquete-Kommissionen Konzepte bewertet und Handlungsempfehlungen erarbeitet. Also, bei allem guten Willen, halten wir das Anliegen insgesamt für eine deutliche Überforderung aller Beteiligten – einschließlich ihrer eigenen Fraktion.

Meine Damen und Herren,

die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Deshalb sind wir im engen Kontakt und Austausch mit den kommunalen Landesverbänden und weiteren gesellschaftlichen Strukturen, deshalb machen wir unseren Einfluss auf Bundesebene geltend und erwarten das auch von den demokratischen Fraktionen hier im Landtag in Richtung Deutschen Bundestag. Die Fehler und Versäumnisse der zurückliegenden Jahre rächen sich heute, sind aber auch nicht von heute auf morgen zu beheben. Wir brauchen gezielte Hilfen vom Bund, eine gute Kooperation zwischen allen Beteiligten auf allen Ebenen.

Wir brauchen eine gute, präventive Kommunikation gegenüber der Bevölkerung.

Wir brauchen künftig eine vorsorgende Migrations- und Integrationspolitik.

Dazu gehört auch, dass wir endlich die Fluchtursachen wirksam bekämpfen und Deutschland seine internationalen Entwicklungshilfe-Verpflichtungen erfüllt. Zu diesem Bekenntnis soll sich nach unserem Willen auch das Parlamentsforum südliche Ostsee verpflichten.

Deshalb haben wir unserer Delegation die Aufnahme einer entsprechenden Passage in die Resolution des 19. Parlamentes im September empfohlen. Für ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern und einen weltoffenen Ostseeraum.

Ganz nach dem Motto: Herz und Verstand statt Hass und Hetze.

Meine Damen und Herren,

für uns steht im Mittelpunkt das Bestreben, dass Menschen nicht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Fluchtursachen sind vielfältig und zumeist Folge weltweiter Ungleichheit zwischen Arm und Reich zusammen. Daher müssen wir vor allem über unsere Waffenexporte in alle Welt reden, über die massive Ausbeutung, über die Märkte, die wir zerstören, über die Meere, die wir leer fischen und die Umwelt, die wir allein aus Profitinteresse kaputt machen. Diesen Fakten müssen wir uns stellen, damit Menschen überall in Frieden und Sicherheit gut leben können.